

Beteiligung der Bevölkerung!

Die Mitglieder der DG-Regierung überbieten sich in letzter Zeit in ihren Beteuerungen, wie wichtig ja geradezu essentiell ihnen die Meinung der Bevölkerung sei.

Siehe dazu die Aussagen im GE- Bericht „Kompetenzübertragung noch in dieser Legislaturperiode“, vom 20.02.2010. Wenn man aber die politische Realität in der Deutschsprachigen Gemeinschaft berücksichtigt, so erscheinen diese Aussagen der Minister als das was sie sind: Öffentlichkeitswirksame Lippenbekenntnisse zur Täuschung der Bevölkerung.

Denn in der DG eignet sich die Regierung, mit Hilfe der Ministerien, immer mehr Befugnisse und immer mehr Entscheidungsgewalt an. Das Parlament ist in Wirklichkeit zum Vollzugsgehilfen der Regierung degradiert! Dabei sollten doch die Abgeordneten in einer repräsentativen Demokratie, unabhängig von Mehrheit und Regierung, die eigentliche Entscheidungsgewalt besitzen.

Was müsste also meines Erachtens getan werden?

Durch die Einführung eines geheimen Abstimmungsmodus im PDG hätten die Parlamentsmitglieder die Möglichkeit zur Gewissensentscheidung, notfalls auch gegen die Meinung der eigenen Partei und Fraktion, ohne schwerwiegende persönliche Nachteile in Bezug auf die eigene politische Karriere befürchten zu müssen. Heute werden die Abgeordneten durch die namentliche Abstimmung bei der Stange gehalten. Auf diese Weise können die Parteiführungen ihre politische Macht absichern.

Um die Bevölkerung tatsächlich an den politischen Entscheidungen zu beteiligen, sollten die PDG- Mitglieder in der Deutschsprachigen Gemeinschaft auch das Mittel der bindenden Volksbefragung zulassen!

So sollte z.B. die Entscheidung über das Projekt „Parlamentsumzug“, weil es in der Bevölkerung eine große Kontroverse auslöst, unbedingt einer Volksbefragung unterworfen werden. Auch die Forderung der DG-Regierung nach Übertragung der Kompetenzen in Sachen Raumordnung sollte von der Bevölkerung entschieden werden, denn die Entscheidungskompetenz würde an die Minister und nicht an die Menschen und auch nicht an die gewählten Volksvertreter gehen. Außerdem ist diese Materie komplex und sie würde den Verwaltungsapparat der DG möglicherweise noch weiter aufblähen!

Wenn die Mitglieder des Parlamentes eine wirkliche Demokratie erhalten und stärken wollen, eine parlamentarische Demokratie welche dann Entscheidungen ermöglicht, die unabhängig von der Fraktionszugehörigkeit der Parlamentsmitglieder zustande kommen können, dann brauchen sie meines Erachtens die Unterstützung der bindenden Volksbefragung, um sich gegen die Macht der Parteiführungen und der Regierungsmitglieder zu behaupten!

Joseph Meyer, St.Vith
VIVANT- Ostbelgien